

Der Justizminister ersüchert, daß mehrere Länder in Europa, wo der Eisenbahnbetrieb staatlich ist, einen Ausstand der Eisenbahnarbeiter als eine Pflichtverletzung bestrafen. Da eine Bestrafung das letzte Mittel sei, zu dem man greife, so bestehe kein Anlaß, die Ausständigen der anderen Industriezweige ohne Notwendigkeit zu bestrafen. — Die Vorlage wird mit 81 gegen 14 Stimmen (Sozialisten und demokratische Liberale) angenommen.

10. April. Das Schlußkomitee proklamiert das Ende des Ausstandes.

11. April. Die Erste Kammer genehmigt einstimmig das Ausstandsgesetz. — Die Königin erteilt die Sanktion und das Gesetz tritt sofort in Kraft.

20. April. Ein königl. Erlass bestimmt, daß die militärische Bewachung der Eisenbahnen allmählich eingestellt und die eingezogenen Milizen nach und nach entlassen werden sollen.

15. September. Die Königin eröffnet die Generalstaaten und verspricht in der Thronrede Förderung der Arbeiterbewegung durch gesunde Sozialpolitik.

1. Oktober. (Haag.) Der internationale Schiedsgerichtshof beginnt die Beratung über den Denezuelastreit.

XII.

Dänemark.

23. Januar. (Folkething.) Der Finanzminister legt einen Gesetzentwurf vor.

Der Gesetzentwurf betrifft die Bildung einer Aktiengesellschaft „St. Croix-Fabrikfabriken“ mit einem Kapital von 3 Millionen Kronen, von denen der Staat die Hälfte übernimmt. Die Gesellschaft, welche ihren Hauptsitz in Kopenhagen hat, hat ihre Fabriken auf St. Croix (Antillen).

13. Februar. (Folkething.) Steuerreformfrage.

Die Linkenreformpartei und die freikonserervative Partei vereinbaren, in betreff der Steuerreformvorlage die Hauptstreitpunkte folgendermaßen zu schlichten: 1. Einführung einer Vermögensteuer von 0,8 von Tausend; 2. Einführung einer Immobiliensteuer von 1,1 von Tausend; 3. Aktiengesellschaften bezahlen seit Einkommensteuer; 4. der Staat zahlt den Gemeinden aus dem Ertrag der Staatssteuern einen Zuschuß von 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen; 5. Einführung einer steigenden Skala bei der Gemeinde-Einkommensteuer; 6. der Prozentsatz der Gemeinde-Einkommensteuer in Kopenhagen bleibt unverändert.

1.5. April. Besuch des Deutschen Kaisers in Kopenhagen.